

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Lage unseres städtischen Haushalts hat sich im Jahr 2008 positiv entwickelt, was neben einer erfreulichen Steuerentwicklung auch auf sparsame Mittelbewirtschaftung durch viele städtische Ämter und Einrichtungen zurückzuführen ist. Dafür von dieser Stelle zunächst ein herzlicher Dank. Im Jahresergebnis könnte es gelingen, das ursprüngliche Jahresdefizit und die darin enthaltenen Vorjahresfehlbeträge annähernd auszugleichen und, anders als beispielsweise der Märkische Kreis bei seiner Umstellung auf das NKF, ohne erhebliche Altfehlbeträge in die neue Haushaltswelt zu starten.

Mein ganz besonderer Dank gilt aber vor allem dem Kämmerer Karl Heinz Blasweiler, dem Leiter des Amtes für Finanzen und Beteiligungen Herrn Haarhaus und seiner Mannschaft, die den schwierigen Umstellungsprozess auf das NKF bisher souverän gemeistert haben.

Nun beinhaltet der vorgelegte Haushaltsplan sicher neben unseren bekannten finanziellen Problemen auch neue Gestaltungschancen, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht erneut wesentlich verschlechtern. Über die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf Konjunktur und Wirtschaftsentwicklung lässt sich zurzeit nichts Verlässliches prognostizieren. Eins wird in der gegenwärtigen Krise allerdings sehr deutlich: Die Sparkassen als selbständige, dezentrale und kundennahe Institute in kommunaler Hand erfreuen sich gerade jetzt wachsender Beliebtheit. Deshalb ist der Versuch, Probleme der Landesbanken zu Lasten der kommunalen Sparkassen zu lösen, untauglich und kontraproduktiv. Dies sieht die gesamte kommunale Familie in gleicher Weise. Die mittelfristige Öffnung für privaten Finanzinvestoren und privaten Geschäftsbanken erscheint mir angesichts der aktuellen Entwicklung geradezu widersinnig.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass der Grundsatz „privat vor Staat“ in die Sackgasse führt, dann doch wohl der unüberhörbare Ruf nach Übernahme von Finanzverantwortung durch den Staat für die Fehlentwicklung gerade auch bei privaten Finanzinstituten und Institutionen. Ich kann daher an dieser Stelle nur an die Landesregierung und den verantwortlichen Minister Linssen appellieren, gerade im Hinblick auf die neuesten Entwicklungen die Neufassung des Sparkassen Gesetzes NRW zu stoppen und sich den Argumenten aller kommunalen Verbände und der Sparkassen anzunähern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dieser Haushaltsplan macht deutlich, dass der Haushaltsausgleich im NKF schwieriger wird als im bisherigen System, weil einige NKF spezifische Positionen neu zu berücksichtigen sind wie

**Zuführung zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen sowie  
Altersteilzeitrückstellungen ca. 2.5 Mio**

**Abschreibungen von 18 Mio, denen lediglich Erträge aus der Auflösung von  
Sonderposten in Höhe von 8 Mio gegenüberstehen. Das Saldo von 10 Mio  
liegt damit um 3 Mio höher als die bisherige ordentliche Tilgung von 7 Mio.  
Statt wie bisher im Vermögenshaushalt sind Positionen wie  
Krankenhausumlage mit 1 Mio oder Anlagenabgänge ( z.B. Gleisanlagen )  
ebenfalls mit 1 Mio zu berücksichtigen.**

**Auch die bisherige Praxis Maßnahmen wie Heizungserneuerung in einer  
Schule oder einen Lichtmasterplan über den Vermögenshaushalt  
abzuwickeln lässt sich nicht mehr halten, so durch die neue Systematik  
weitere 1.5 Mio Aufwand zu berücksichtigen sind.**

Allein die Summe dieser NKF spezifischen Mehrbelastungen beträgt 9 Mio Euro. Dazu wird der Haushalt durch die folgende Faktoren belastet, die im Jahr 2008 durch die höheren Steuereinnahmen aufgefangen werden konnten:

**Tarifierhöhung mit 1.2 Mio**

**Energie, Reinigung u.ä. 0.5 Mio**

**Kreisumlage ( bei stab.Hebesatz) 0.9 Mio ( eine Senkung wäre angezeigt )**

**Gewerbesteuerumlage 1.0 Mio**

**Kibiz mindestens 0.5 Mio ( lediglich die städt. Einrichtungen )**

**Hilfen zur Erziehung 0.6 Mio**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

und trotzdem gilt der Haushalt formal als ausgeglichen, weil der ausgewiesene Fehlbetrag von 17,5 Mio durch die Ausgleichsrücklage gedeckt wird. Dies bedeutet aber eben nicht das Ende unserer finanzwirtschaftlichen Probleme, sondern macht deutlich, dass weiter hoher Konsolidierungsdruck besteht. Bei gleich bleibender Entwicklung oder weiteren Verschlechterungen, die ja angesichts der unsicheren Konjunkturentwicklung niemand ausschließen kann, sind wir schon nach einigen Jahren in der Verpflichtung ein HSK aufzustellen, Erste Hinweise der externen Berater zeigen aber eben auch, dass es für eine solche Konsolidierung kein Universalrezept gibt, sondern neben Rationalisierungen immer auch der Abbau von Standards und Leistungen vorgeschlagen wird. Hinsichtlich einer neuen Organisationsstruktur der Lüdenscheider Verwaltung bin ich als Bürgermeister durchaus aufgeschlossen, auch wenn die Spareffekte sicher erst langfristig wirksam werden.

Der Wille der Verwaltung zur Konsolidierung wird nicht zuletzt dadurch deutlich, dass die Erlöse aus dem Verkauf der KBR Anteile nicht etwa für

ehrgeizige Prestigeprojekte verplant werden oder konsumtiv eingesetzt werden sollen, sondern zum Abbau von bestehenden Verbindlichkeiten bzw. zur Vermeidung von Kreditneuaufnahmen. Dass der Kämmerer vor diesem Hintergrund die Anhebung der Grundsteuer B auf den Landesdurchschnitt vorgeschlagen hat, ist nur zu verständlich und sachlich begründet. Das ich diesem Vorschlag trotz dieser plausiblen Argumentation nicht gefolgt bin, hängt mit den weiter gestiegenen Belastungen bei der sog. 2.Miete zusammen, also Heizkosten und sonstigen Nebenkosten. Hier halte ich, in der Abwägung eine weitere Belastung, insbesondere der Mieterinnen und Mieter, angesichts der Probleme vieler Haushalte, nicht für vertretbar.

Der Stellenplanentwurf sieht zwar einige neue Planstellen vor, insbesondere im Bereich der Sozialpädagogischen Familienhilfe, denen aber entsprechende Reduzierungen von Stellen gegenüber stehen, so dass im Saldo eine 0,75 Stelle zusätzlich beantragt wird. Bei den SPFH Stellen ist allerdings Budgetneutralität gewährleistet, denn die Mitarbeiterinnen in der SPFH wurden bisher auf der Basis von Zeitverträgen bezahlt. Entsprechende Rechtssprechung zwingt uns aber nun zur Umwandlung in Planstellen. Im Saldo ergibt sich eine Kostenentlastung um 4,25 Planstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Unsere Stadt steht vor wichtigen Herausforderungen, denn die Arbeitswelt verändert sich weiterhin in hohem Tempo. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Lüdenscheid ist im Jahresvergleich weiterhin positiv:

**Von 09/2007 bis 09/2008 sank die Zahl der Arbeitslosen in Lüdenscheid um weitere 250 Personen, die Quote ging von 7,0 % auf 6,5 % zurück.**

**In absoluten Zahlen von 2905 Personen 09/2007 auf 2656 in 09/2008.**

Durch geeignete Qualifizierungsangebote leisten wir z.B. bei Projekten wie der Verstärkung der Stadtwacht oder der Grundqualifizierung Bau an der Kluser Schule, unseren Beitrag zur Verbesserung von Chancen von Menschen ohne Beschäftigung. Auch das verstärkte Engagement in Sachen Ausbildung macht deutlich, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, alles tun, um jungen Menschen gute Startmöglichkeiten ins Berufsleben zu eröffnen.

Wir bemühen uns, für unsere heimische Wirtschaft die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Ausreichende Gewerbeflächen stehen aktuell zur Verfügung, Steuersätze bleiben stabil, die Stadtentwicklung wird weiter vorangetrieben. Denn weiterhin sind wir eine Einpendlerstadt und verlieren jährlich an Wohnbevölkerung. Hier wird nicht zuletzt die konzertierte Aktion für einen Fachhochschulstandort Lüdenscheid von großer Bedeutung sein. Noch sind wir im Rennen, und es wäre ein guter Schritt, wenn uns die Landesregierung bei den Bemühungen um die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Lüdenscheid nachhaltig unterstützen würde, denn alle

geplanten Studiengänge sind aufs engste mit den Bedürfnissen unserer erfolgreichen Betriebe und denen aus der Region abgestimmt. Für das Gewinnen zukünftiger Fach- und Führungskräfte und die Innovationsfähigkeit unserer heimischen Betriebe wäre eine solche Hochschule ein unschätzbare Gewinn an Standortqualität. Wie wichtig Bildung und Weiterbildung für eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung ist, wird mir von den Geschäftsführungen, aber auch von den Belegschaftsvertretern immer wieder versichert, und wir werden deshalb in unseren Bemühungen nicht nachlassen, die dafür notwendigen Bedingungen zu verbessern. Dies haben wir zuletzt bei den Entscheidungen im Zusammenhang mit dem KIMW und seinen Erweiterungsplänen eindrucksvoll unter Beweis gestellt, und dies soll auch in Zukunft so bleiben.

Dabei spielt aber auch die Entwicklung passgenauer Weiterbildungsangebote durch unsere VHS eine wichtige Rolle.

Für die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze und die Gewinnung von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten ist die weitere Stadtentwicklung von großer Bedeutung. Dazu sollten wir unseren Flächennutzungsplan weiterentwickeln, der nun schon sehr in die Jahre gekommen ist. Und dies auch ganz unabhängig von Wahlterminen. Auch die weiteren Schritte wie die konkrete Entwicklung des Bahngeländes, der behindertengerechte Umbau des zentralen Busbereiches am Sauerfeld runden unsere Bemühungen zur Entwicklung der Innenstadt sinnvoll ab. Die Wiederbelebung des ehemaligen Kaufhallegebäudes und die Entscheidungen hinsichtlich des weiteren Verbleibs der Niederlassungen von Wehmeyer und Sinn Leffers in unserer Stadt sind gute Zeichen für eine positive Einschätzung des Einzelhandels hinsichtlich der Attraktivität unserer Innenstadt. Mit der Fertigstellung des Rathauses ( innere Sanierung ) und vor allem der Fertigstellung des Sternplatzes stehen wichtige Projekte vor dem Abschluss.

Mit dem neuen NRW Gesetz für die Förderung von Immobilienstandortgemeinschaft ( kurz ISG ) genannt gibt es jetzt ein neues Instrument, weitere Bereiche der Innenstadt weiter zu entwickeln, um hier Stagnation oder gar Rückschritt zu verhindern. Unsere örtliche SIHK hat zugesagt, hier durch eine entsprechende Informationsveranstaltung ihren Mitgliedern den Sachstand zu erläutern. Dieses Gesetz dokumentiert deutlich, dass es bei der weiteren Entwicklung vor allem um ein Miteinander von privaten und öffentlichen Investitionen und Maßnahmen geht. Wir als Stadt sind zu einem solchen abgestimmten Vorgehen jedenfalls bereit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben in den letzten Jahren in erheblichem Umfang investiert, um die Innenstadt und damit unser Stadtzentrum zeitgemäß weiter zu entwickeln. In den nächsten Jahren sollten wir aber auch die Stadtteile stärker in den Blick nehmen, die unter der demografischen Entwicklung und anderen schwierigen Rahmenbedingungen leiden. Hier werden zunehmend aufwändige, integrierte Gesamtkonzepte gefordert, um Landesförderung in Anspruch zu nehmen.

Wir sollten diesen Aufwand aber nicht scheuen, wenn die entsprechenden Fakten vorliegen und ein fundierter gemeinsamer Ansatz von Rat und Verwaltung bezüglich der Bewältigung des demografischen Wandels gefunden ist. Einige lfd Bauprojekte in der Stadt wie Weststr.GmbH und LÜWO an der Philippstrasse zeigen, dass man sich hier bereits an den sich verändernden Wohn- und Lebensbedürfnissen einer alternden Stadt orientiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
ein wichtiges Instrument zur Beschäftigungssicherung sind städtische Aufträge für das Handwerk. Hier sind nur beispielhaft die vorgesehenen Kunstrasenplätze, die geplanten energetischen Gebäudesanierungen an Kolping und Lösenbacher Grundschule oder an der Schützenhalle zu erwähnen. Aber auch bei der Baubetreuung durch die ZGW, bei der Strassen , bei Spiel- und Bolzplätzen durch den STL sind mehrjährige, erhebliche Zusatzanstrengungen vorgesehen, um den Sanierungsstau zu beseitigen. Diese Arbeiten bieten gerade auch für heimische Betriebe Möglichkeiten, Beschäftigung zu sichern oder neue aufzubauen. All diese Bemühungen setzen auf eine intensive Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid.

Aber von einer Stadt werden wird mehr erwartet, als dass es dort genügend Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten gibt.

Für die Sicherung unserer Zukunft stehen daher vor allem Familien mit Kindern im Zentrum unserer Politik. Unser Bündnis für Familie vor Ort lebt, was wir bei den regelmäßigen Veranstaltungen deutlich spüren, besonders anschaulich bei dem von der Gruppe „Familie intern“ initiierten „Neugeborenenempfang“.

Auch das Engagement für eine familiengerechte Ergänzung des Rathausplatzes mit Spielgeräten war erfolgreich wie die hohe Akzeptanz dieses Teils des Platzes zeigt. Außerdem wurden auch private Anlieger, wie das Quatro amici angeregt, Angebote für Kinder zu machen ( Sandkasten, Bobby cars ).

Vom Land NRW haben wir in Sachen Familieförderung leider keinen Rückenwind bekommen: Das Kibiz hat leider nicht die Ansprüche erfüllt, die man aus dem Namen dieses Gesetzes ableiten könnte. Ganz im Gegenteil, auch die angekündigte Begrenzung der Betreuungszeiten für die neu zu schaffenden U 3 Plätze in unserem Bundesland deuten eher auf einen restriktiven Sparkurs als auf wirksame Unterstützung der Familien hin. Allein der Erhalt des bisherigen Qualitätsstandards in den städtischen Kindertageseinrichtungen kostet zusätzliche städtische Mittel von mehreren 100.000 Euro, zu Recht erwarten nach den entsprechenden JHA Beschlüssen andere Träger eine Gleichbehandlung. Und wenn der zuständige Fachminister sich öffentlich und ernsthaft dazu äußert, den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher aufzuwerten, aber weder für die Ausbildung von Praktikanten oder für die Refinanzierung von Tarifsteigerungen faire Lösungen anbietet, ist dies in höchstem Maße unbefriedigend und verlagert diese Probleme weitgehend auf uns als Städte und

Gemeinden. Die dahingehenden Befürchtungen, die bereits beim Gesetzgebungsverfahren geäußert worden sind, scheinen sich zunehmend zu bestätigen. Daher kann ich den Hinweis unserer externen Berater, die eine weitere Verlagerung von Trägerschaften weg von der Stadt hin zu freien Trägern vorschlagen, so gar nicht nachvollziehen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen reißt sich niemand nach solchen Trägerschaften, im Gegenteil auf uns als Stadt kommen weitere Forderungen zu.

Trotz dieser widrigen Bedingungen stehen wir zu unserer Verantwortung im Bezug auf die Förderung von Familien. Der Ausbau der U 3 Betreuung soll ebenso vorangehen wie die weitere bedarfsgerechte und möglichst wohnortnahe Versorgung mit Betreuungsangeboten, einschließlich der Tagespflege.

Aber natürlich sollen auch all die Familien, die Hilfe und Unterstützung benötigen, und die dies nicht mit eigenen Kräften oder familiärer Unterstützung leisten können, der notwendige Rat und die wirksame Hilfe gegeben werden. Die gezielte Verstärkung des ASD, das geknüpfte Netz für möglichst frühe Prävention bei Kleinkindern sind gute und richtige Schritte in diese Richtung.

Auch unser gemeinsamer Fonds zur Unterstützung von Kindern in besonderen Notlagen hat sich, das sind jedenfalls die Rückmeldungen, die ich bekommen habe, bewährt. Noch beim letzten Kindertag auf dem Rathausplatz wurde dieser Ansatz vom Vorsitzenden des örtlichen Kinderschutzbundes ausdrücklich gelobt. Aber auch die weitergehenden Diskussionen der Parteien zu einer wirksameren Unterstützung von Familien zeigen, dass Rat und Verwaltung hier einen wichtigen Schwerpunkt kommunaler Politik sehen. Auch das von Bundesregierung angekündigte Paket zur Familienförderung ( u.a. Kindergeld, Schulpauschalen SGB II, SGB XII ) ist uneingeschränkt zu begrüßen, auch wenn wir dies letztendlich mitfinanzieren müssen. Nun sind für die Vereinbarung von Familie und Beruf, die heute von einer großen Mehrheit der Familien erwartet wird, nicht allein die vorschulischen Betreuungsangebote von Bedeutung, sondern auch Ganztagsangebote in der Schule. Die Entwicklung der OGS, die in unserer Stadt flächendeckend angeboten wird, und sich wachsender Beliebtheit erfreut, wird, was die äußeren Rahmenbedingungen anbetrifft, von uns als Stadt Lüdenscheid in erheblichem Umfang gefördert. Der Anbau an die Erwin- Welke Schule ist dafür ein überzeugender Beweis. Auch an anderen Standorten werden wir die notwendigen Voraussetzungen im Bedarfsfall schaffen. Durch die soziale Beitragsstaffelung ist es gelungen, gerade auch denen das Angebot zu ermöglichen, die besonderer Förderung bedürfen. Allerdings sehe ich hier das Land NRW in der Verpflichtung, endlich die personelle Ausstattung so zu verbessern, dass eine wirkliche individuelle Förderung auch stattfinden kann. Wenn die OGS als Zwischenschritt zur echten Ganztagsgrundschule zu verstehen ist, was ja längst dem europäischen Standard entspricht, dann wird es höchste Zeit, dass die Landesregierung hier ihre Hausaufgaben macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

was für Familien mit Kindern von großer Bedeutung ist, was für uns als Stadt und Wirtschaftsstandort eine maßgebliche Rolle spielt, ist **Bildung**, inklusive Aus- und Weiterbildung. Hier liegt der entscheidende Schlüssel für die Bewältigung der vor uns liegenden Zukunftsfragen, hier ist beispielsweise auch die entscheidende Stellgröße für Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir können und dürfen es uns nicht mehr erlauben, ein so großes, natürliches Begabungspotential nur unzureichend auszuschöpfen. Auch der Skandal der sozial bedingten Auslese, statt der Förderung nach Fähigkeiten und Intelligenz, muss nicht nur thematisiert werden sondern so konsequent wie möglich angegangen und beseitigt werden. Daher sind die ersten Ansätze zum Ausbau von Ganztagesangeboten an den weiterführenden Schulen zu begrüßen, aber bei weitem nicht ausreichend. Hier müssen wir in NRW und damit auch in Lüdenscheid schneller und dynamischer voranschreiten, als es gegenwärtige Praxis ist. Dazu werden wir als Stadt alle Anstrengungen unternehmen, wenn es darum geht, die dafür notwendigen baulichen und sächlichen Voraussetzungen zu schaffen. Das Land aber steht in der Verpflichtung, die personellen Voraussetzungen zügig zu schaffen und auszubauen. Individuelle Förderung darf nicht zum Schlagwort in Broschüren verkommen, sondern muss in der Schule praktiziert werden können. Was für die sächlich/räumliche Entwicklung der OGS gilt, gilt ebenso uneingeschränkt für unsere weiterführenden Schulen. Gerade bei den Lösungen für die Cafeteria Angebote am Staberg haben wir die deutlich gezeigt, dass auf die Stadt Lüdenscheid bei solchen Investitionen in Bildung Verlass ist. Es ist auch kein Zufall, dass wir bei der energetischen Gebäudesanierung ebenfalls sofort einige Schulen in den Mittelpunkt gerückt haben. Da die innere Schwerpunktsetzung an den Schulen immer größere Bedeutung gewinnt, bin ich bereit, alle Bemühungen von Schulen, hier ein besonderes Profil herauszubilden, zu unterstützen. Dies können Schwerpunkte in den unterschiedlichsten Bereichen sein, ob Naturwissenschaft, Sprachen, Kultur oder Sport. Beispielhaft sind für mich Projekte wie der bilinguale Unterricht an der RSR oder die Bläserklassen am BGL. Gerade in der stärkeren Einbeziehung unserer Kultureinrichtungen in das Bildungsgeschehen an unseren Schulen sehe ich noch gute Perspektiven, und zwar für alle an diesen Prozessen beteiligten. Auch wenn die Landesförderung für kulturelle Arbeit an Schulen noch relativ neu und vom Umfang her auch eher symbolisch zu betrachten ist, halte ich dies für eine positive Weichenstellung in der Bildungspolitik. Auch die Partnerschaften von Unternehmen mit Schulen, der Ausbau der frühen Berufsorientierung für die stärker praxisorientierten SchülerInnen sind richtige Ansätze genauso wie die begrüßenswerte Initiative der SIHK, die schon während der Schulzeit für etliche

Jugendliche Praxisorientierung in der technischen Ausbildungswerkstatt am Lehmberg ermöglicht. Wir wollen von der Stabsstelle Arbeit und Wirtschaft in den nächsten Wochen daher noch einmal all die Aktivitäten bündeln und mit den beteiligten Akteuren erörtern, wie wir die zunehmende Lücke zwischen den Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der Motivation, des Verhaltens und der Leistungsfähigkeit von jungen Bewerberinnen und Bewerbern um einen Ausbildungsplatz einerseits und den objektiven Möglichkeiten gerade der Jugendlichen, die nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, schließen können. Auch wenn es nach den neuesten Beschlüssen der Bundesregierung zukünftig einen Regelanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses durch Förderung der Agentur für Arbeit geben soll, ist dies nur der zweitbeste Weg. Alles was wir tun können, um die immer noch viel zu hohe Zahl der Schulabbrecher zu verringern, sollten und werden wir tun.

Durch die gute konjunkturelle Entwicklung der letzten beiden Jahre und die wachsende Einstellungsbereitschaft der heimischen Unternehmen wurden in manchen Bereichen schon jetzt die Fachkräfte knapp. Dieser Prozess könnte sich angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft noch dramatisch verschärfen und zum entscheidenden Hindernis für die Weiterentwicklung in unserer Stadt werden. Und auch für die Absolventen mit Fach bzw. Vollabitur benötigen wir attraktive, ortsnahe Angebote, womit ich wieder beim Daumendrücken für die Fachhochschulbewerbung angekommen bin. Gerade in der Verbindung vieler Akteure aus regionaler Politik und Wirtschaft zur Verwirklichung eines FH Standortes mit den erfolgreichen Instituten KIMW, DIAL und IFU liegen große Chancen. Das wir es als Stadt nicht nur beim Daumendrücken bewenden lassen, habe ich durch konstruktive Mitarbeit in dieser Initiative hoffentlich unter Beweis gestellt, genauso wie mit unserer Unterstützung für den jetzt erfolgreich gestarteten Bachelor Studiengang Kunststofftechnik, der in äußerst bemerkenswerter Eigeninitiative der Branche in Verbindung mit dem KIMW auf den Weg gebracht worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hoffe mit dieser letzten Haushaltsrede in der auslaufenden Wahlperiode konnte ich annähernd deutlich machen, welche Risiken, aber auch welche Chancen und Perspektiven für unsere Stadt bestehen. Dabei muss der Prozess der Rationalisierung und der Aufgabenkritik für die Stadtverwaltung weitergehen, ohne wichtige Perspektiven zu verbauen.

Ich hoffe es gelingt uns, trotz des bevorstehenden Wahlkampfes, vielleicht sogar wegen dieses Ereignisses die Haushaltsplanberatungen im Sinne unseres sicherlich gemeinsamen Anliegens, der Zukunftssicherung und



Zukunftsgestaltung für unsere Stadt Lüdenscheid fair und konstruktiv zu gestalten und bedanke mich ausdrücklich für ihre Geduld und Aufmerksamkeit.